

Nicht gewonnen, aber trotzdem ein Sieg

Das Ergebnis der Landratswahl im Landkreis Bautzen ist allseits bekannt. Dem neuen Landrat Udo Witschas gratuliere ich dazu. Gleichzeitig danke ich unseren Wählern und Unterstützern für diesen sehr guten zweiten Platz.

Wir sind mit 27 Prozent die bürgerlich-konservative Kraft im Landkreis Bautzen. Diesen Sieg kann keiner „klein reden“. Unsere seit Jahren konstant guten Ergebnisse beweisen, dass wir als Volkspartei fest im Landkreis verankert sind und die Wähler eine Alternative zu den Altparteien wollen.

Die CDU muss nun zeigen, wie sie nach 32 Jahren CDU-Landratsverwaltung die selbst geschaffene Bürokratie abbauen und die selbst verschuldete Finanzsituation im Landkreis korrigieren will.

Welche Auswirkungen das für die Bürger bedeutet, werden die nächsten Monate zeigen. Horrende Energiepreise, erhöhte Kreditzinsen, negative Bevölkerungsentwicklung, finanzielle Rücklagen des Landkreises verbraucht und steigende Personal- und Sozialausgaben werden den Haushalt im Landkreis Bautzen weiter belasten. Wir werden auch in Zukunft eine konservative und sachorientierte Politik betreiben. Die AfD, welche das einzige Korrektiv zum „politischen Einheitsbrei“ ist, wird sowohl auf Kreis- und Landesebene als auch im Bundestag, weiter gegen ideologische Fehlentwicklungen kämpfen und für die Freiheit und Rechte unserer Bürger eintreten.

Frank Peschel, MdL



Ich bedanke mich bei 27% der Wähler für die Unterstützung und für ihre Stimme bei der Landratswahl 2022!

Nach der Wahl ist vor der Wahl, wir kämpfen weiter für unser aller Zukunft!

Frank Peschel **AfD**



AfD Kreisverband Bautzen

Spendenkonto:

Alternative für
Deutschland
KV Bautzen
Bank:
OSK Dresden
IBAN:
DE16 8505 0300
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband
Bautzen Spende

Impressum:

Alternative für Deutschland
Kreisverband Bautzen
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Frank Peschel
Karl-Marx-Straße 15
02625 Bautzen
Tel.: 03591 5328336
info@afdbautzen.de
www.afdbautzen.de

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH
Pforzheimer Platz 8
02977 Hoyerswerda

Eine Landratswahl und ihre Folgen

Der Landkreis Bautzen hat gewählt. Leider nicht Freiheit und Selbstbestimmung!

Der Königsbrücker Landtagsabgeordnete Timo Schreyer erklärt dazu:

Die Wahlbeteiligung lag bei nur 36,7 Prozent. Ob die 63,3 Prozent Nichtwähler mit ihrer Entscheidung glücklich werden, wird die Zukunft zeigen. Ich denke eher nicht.

Dem neu gewählten Kreisoberhaupt wünsche ich viel Glück, denn das wird er brauchen. Nach der Wahlkampfparty wird bald Katerstimmung in die Amtsstuben einziehen, wenn er mit den dramatischen Folgen der eigenen Politik, die uns in Zukunft erwarten, konfrontiert wird.

Timo Schreyer, MdL

Bericht vom Landesparteitag der AfD Sachsen

Am 9. Juli 2022 fand in Löbau der Landesparteitag der AfD Sachsen statt. Nach den Vorstellungen des politischen sowie des wirtschaftlichen Rechenschaftsberichtes und des Berichtes der Kassensprüfer, wurde der Landesvorstand einstimmig entlastet. Landesschatzmeister Torsten Gahler stellte daraufhin den Haushaltsplan vor und zur Diskussion. Dieser wurde anschließend ebenfalls beschlossen.

Nun folgten die Wahlen der Mitglieder des Landesvorstandes, der Rechnungsprüfer, des Landesschiedsgerichts sowie der Konventsdelegierten. Ich möchte hier lediglich die Ergebnisse nennen.

Landesvorstand:

Landesvorsitzender: Jörg Urban
 Generalsekretär: Jan Oliver Zwerg
 Stellvertretende Landesvorsitzende: Martina Jost
 Stellvertretender Vorsitzender: Siegbert Droese
 Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Joachim Keiler
 Landesschatzmeister: Torsten Gahler
 Stellvertretende Landesschatzmeisterin: Doreen Schwietzer
 Beisitzer: Sebastian Wippel
 Beisitzer: Karsten Hilse
 Beisitzer: Andreas Harlaß
 Beisitzer: Andreas Gerold
 Beisitzer: Jürgen Stein
 Beisitzer: Roberto Kuhnert
 Alexander Wiesner wird in den Landesvorstand kooptiert.

Landesschiedsgericht:

1. Landesschiedsrichter: Jens Maier
 2. Landesschiedsrichter: Norbert Mayer
 3. Landesschiedsrichter: Peter Oehlcke
 Ersatzschiedsrichter: Dr. Christoph Lenz



Rechnungsprüfer:

Rene Hain Heiko Chrupalla

Konventsdelegierte:

1. Mario Aßmann 2. Dr. Joachim Keiler
 3. Christian Kriegel 4. Jonas Dünzel
 5. Torsten Gahler 6. Lars Kuppi
 7. Haio Exner 8. Tobias Rolf

Mein Glückwunsch an alle Gewählten.

Aufgrund der hervorragenden Versammlungsleitung und außerordentlichen Disziplin aller Teilnehmer, beendeten wir den Landesparteitag gegen 17:00 Uhr, nach gerade einmal 6,5 Stunden, mit dem Singen der Deutschen Nationalhymne.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Helbing
 Stellvertretender Vorsitzender AfD Kreisverband Bautzen

Foto: Facebook AfD Sachsen

Wahlversprechen kontra Wirklichkeit

Mit „keine finanzielle Mehrbelastung“ und „bezahlbare Gebühren“ (hier für Trink- und Abwasser) wirbt Jens Zeiler (CDU) in seinem Blatt zur Bürgermeisterwahl am 12.06.2022 in Neukirch/Lausitz. Mit überzeugender Mehrheit wurde er für eine zweite Amtszeit gewählt.

Kaum im Amt sind die Wahlversprechen schon vergessen.

Als Verbandsvorsitzender im Zweckverband „Obere Wesenitz“ hat Herr Zeiler am 28.06.2022 den Abschluss von Verträgen beschlossen, die eine Kostenerhöhung für die Betriebsführung der Abwasserbeseitigung in Neukirch durch Dritte von bis zu 57% gegenüber dem Jahr 2021 verursachen. Dabei sind Preissteigerungen von Gas, Elektroenergie und Kraftstoffen noch nicht enthalten.

Die seit verganginem Jahr überfällige Gebührenkalkulation wird die Neukircher Bürger wohl nun zum Nachdenken bringen.

Vorgeschichte:

September 2021 beauftragte die Verbandsversammlung einen Berater zur Vorbereitung und Begleitung der Ausschreibung über die Betriebsführung des Zweckverbandes. Einige Verbandsräte hofften, mit einer Ausschreibung günstigere Konditionen als in den vorhandenen Verträgen zu erzielen und so die Gebühren zu stabilisieren. Die neue Betriebsführung sollte zum 01.07.2022 durch den besten Bieter erfolgen.

Nach 4 Monaten, hat am 10.02.2022 die Verbandsversammlung die Vergabeunterlagen mit dem Submissionstermin 10.05.2022 bestätigt. Der Zuschlag sollte nach Auswertung der Angebote am 14.06.2022 erteilt werden.

Alle bisher bestehenden Verträge zur Betriebsführung hat der Zweckverband gekündigt. Damit wurde alles auf eine Karte gesetzt, obwohl ein sorgfältiger Kaufmann diese Fahrlässigkeit nie begehen würde. Da die Ausschreibung nicht das „gewünsch-

te Ergebnis“ erbrachte, hob die Verbandsversammlung am 14.06.2022 das Ausschreibungsverfahren wieder auf.

Begründung: Die Angebote seien unwirtschaftlich, weil sie ca. 17% über einer fiktiven Regiekostenberechnung lägen und somit vom Verband nicht bezahlbar seien. Ein prüfbarer Nachweis dieser Behauptung gegenüber der Verbandsversammlung wurde nicht vorgelegt.

Damit ist der Verband vorsätzlich in eine Notlage gebracht worden.

Kurzfristig (bis 28.06.2022) sind nun Interimsverträge ausgehandelt und freihändig vergeben.

Es fehlen einem die Worte, wie die Gemeinde Neukirch und ihr Bürgermeister mit dem Geld der Bürger und ortsansässigen Firmen umgehen.

Dr.-Ing. Johannes Hummel,
 Gemeinderat Neukirch/Lausitz und
 Verbandsrat ZV „Obere Wesenitz“

Volksaufstände in Deutschland!

Politisch erzeugte Not wird auf Widerstand stoßen. Statt das Problem zu lösen, warnt Baerbock jetzt schon vor der Wut der enttäuschten Bürger.

— Karsten Hilse, MdB



karstenhilse.de

In einem Interview bei RND vor Ort konnten wir wieder einmal die Infantilität von Frau Baerbock „bewundern“. Daran, dass sie, einem Legastheniker gleich, kaum einen geraden Satz herausbekommt, haben sich sehr viele von uns bereits gewöhnt. Die Frage ist, ob sie wirklich Denk- und Sprachdefizite aufweist oder ob sie nur eine begnadete Schauspielerin ist, die möchte, dass man sie für minderbemittelt hält. Ersteres wäre peinlich für Deutschland. Eine derart unfähige und ungeeignete Person als Außenminister hatte Deutschland noch nicht aufzuweisen, obwohl die Latte durch ihre Vorgänger bereits sehr tief hing. Zweites wäre sehr gefährlich für Deutschland. Baerbocks Aussage zu Volksaufständen spricht dafür. Was bedeutet diese Aus-

Volksaufstände in Deutschland!?

sage „Dann müssen wir uns mit Volksaufständen beschäftigen“? Die Regierung ist sich bewusst, dass im Herbst/Winter Menschen, so wie es Habeck sagte, „mehr für ihren Lebensunterhalt ausgeben müssen, als sie verdienen“. Sie ist sich bewusst, dass die Menschen, wenn sie frieren und hungern, aufbegehren werden. Die Innenministerin weist schon einmal erzieherisch darauf hin, dass alle, die sich Demonstrationen gegen die exorbitant hohen Lebenshaltungskosten anschließen, Rechtsradiale seien und jedes Mittel legitim sei, diesen Widerstand zu brechen.

In der Coronadiktatur konnten wir bereits beobachten, wie mit massiver Polizeigewalt gegen Bürger, die einfach nur für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung demonstrierten, vorgegangen wurde. Den Rezipienten der Staatspropaganda wurde auch sofort mitgeteilt, dass es sich bei den Demonstranten, um Nazis, Demokratiefeinde, ja sogar Antisemiten handle. Denen, die sich fügten, brav zu Hause blieben, ihre Maske korrekt trugen und sich am Genexperiment beteiligten, konnte

nichts passieren. Der jetzigen Inflations-, Energie- und Wirtschaftskrise können aber auch sie nicht entkommen. Die eigenen Kinder sind zwar schon ans Frieren gewöhnt, da sie während der Corona-Zwangmaßnahmen in eiskalten Klassenzimmern sitzen mussten. Sie konnten sich dann aber wenigstens zu Hause aufwärmen. Wenn die Kinder dann aber auch noch Hunger leiden und man mit ihnen gemeinsam, arbeitslos in einer kalten Wohnung hausen muss, wird es einige dann doch auf die Straße treiben. Der Regierung ist bewusst, dass einige dieser Demonstrationen in den Ballungsgebieten nicht friedlich bleiben werden und dass man sich dann mit diesen „Volksaufständen“ beschäftigen muss, mit roher Gewalt und mit Notstandsverordnungen, um die Zerstörung Deutschlands und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu forcieren.

Karsten Hilse, MdB



Quelle: ADAC

Kraftstoffpreise minimieren unsere Mobilität

Alternative für Deutschland

	Juli 2020	Juli 2022	Veränderung
1l Super E10	1,25 €	1,82 €	+45,6 %
1l Diesel	1,09 €	1,96 €	+79,8 %

www.frankpeschel.de

Im Gedenken an Fürst Otto von Bismarck

Am 30.07.2022 jährte sich zum 124. Mal der Todestag des ersten Reichskanzlers, Fürst Otto von Bismarck. Die Bautzener Liedertafel und der Görlitzer Verein für Heimatpflege trafen sich an der Mönchswalder Bergbaude. Gemeinsam stiegen wir zum Gedenkstein hinab, den wir festlich schmückten. Nach einer würdigen Ansprache erhoben wir das Glas auf den großen Politiker und ließen mit einigen Liedern aus unserem Liederbuch unsere Stimmen erschallen. Zum Schluß intonierten wir



unsere deutsche Nationalhymne. Bei interessanten Gesprächen liebten wir den Tag gemeinsam ausklingen.

Carla Nicholson,
Mitglied der Bautzener Liedertafel

Altparteienirrsinn aus dem Landtag

Im Sächsischen Landtag erfolgten am 13.7.2021 die Beschlussempfehlungen und Berichte zu Petitionen. Dabei wurde auch die Petition „Eingriff in kommunale Selbstverwaltung – Kürzung Fördermittel für Straßenbau“ (Drs. 07/01511/1) behandelt. Aufgrund der neuen Förderrichtlinien war Jonsdorf, wie übrigens auch viele Gemeinden im Landkreis Bautzen, nicht mehr in der Lage, eine geplante Straßensanierung umzusetzen und wandte sich an den Petitionsausschuss.

Die Petentin bat darum, dass die Förderquote wieder auf den ursprünglichen Fördersatz angehoben wird.

Frank Peschel sprach zur Petition:

„Die Petition hätte es gar nicht geben müssen, wenn CDU, SPD und Grüne sich nicht im Mai 2021 für die Kürzung von Straßenbaumitteln in Sachsen eingesetzt hätten.

Viele Gemeinden, wie auch Jonsdorf, waren jedoch in Vorleistung gegangen und haben Planungsleistungen aus Eigenmitteln finanziert. Nur um dann zu erfahren, dass sie die Straßenbaumaßnahmen aufgrund der Fördermittelkürzung nicht realisieren können. Für die sächsischen Gemeinden bedeutet das eine immense Steigerung der Eigenmittel, über die viele nicht verfügen oder die sie nicht finanzieren können.

Die Geschichte ist deswegen so brisant, weil die Kürzungen der Mittel nachträglich vorgenommen wurden. Betroffen sind Projekte, die bis zum Stichtag 31. Oktober 2019 zur Förderung beantragt wurden und noch keine Zusage erhalten hatten.

Es ist beschämend, dass die Landtagsabgeordneten von CDU, SPD und Grüne, welche die Reduzierung der Straßenbaugelder beschlossen haben, nun den Kommunen „vorlügen“, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne.“

Mitberichterstatter Mario Kumpf erklärt:

„CDU, SPD und Grüne verweigern den Kommunen die notwendigen finanziellen Mittel, verweisen aber gleichzeitig auf die Aufgaben der Kommunen.

Doch das ist längst nicht alles: Für die Sanierung von gemeindeeigenen Straßen wurde die Förderung komplett gestrichen.

Die AfD weigert sich zu akzeptieren, dass unsere ländlichen Gemeinden derart finanziell benachteiligt werden. Die AfD war gegen die Mittelkürzung und forderte bereits im Mai 2021 vollkommen zu Recht mehr Geld für den kommunalen Straßen- und Brückenbau.“

Frank Peschel und Mario Kumpf,
AfD-Landtagsabgeordnete

Umfrage zur Russlandpolitik in Sachsen

Eine repräsentative Umfrage der Sächsischen Zeitung und von Civey hat ergeben:

+ 76 Prozent der Sachsen sagen, wir sollten weiterhin Rohstoffe aus Russland beziehen.

+ 74,7 Prozent fordern eine Intensivierung der Beziehungen zu Russland nach dem Krieg.

+ 62,6 Prozent sagen, Deutschland solle eine Vermittlerrolle zwischen der Ukraine und Russland einnehmen.

„Es ist ganz deutlich: Die Sachsen unterstützen den Kurs der AfD. Statt mit Sanktionen Öl ins Feuer zu gießen, sollte Deutschland auf eine friedliche Lösung am Verhandlungstisch hinarbeiten“, betont dazu der sächsische AfD-Landesvorsitzende Jörg Urban.

„Im Landtag haben wir sowohl die Beendigung der Sanktionen als auch die Öffnung von Nord Stream 2 beantragt. Die CDU lehnte leider alle diese Anträge ab und hat bis heute auch keine eigene Bundesratsinitiative für eine vernünftige Russland-Politik gestartet. Insofern dienen alle Äußerungen aus ihren Reihen, die anderes suggerieren, nur der Wählertäuschung.“



Diplomatie statt Krieg!



Staatsgeld für Medien? Gebt der Presse keinen Cent!

Anfang Juli startete die sächsische Regierung im Bundesrat eine Initiative zur finanziellen Förderung von Zeitungen. Angeblich um „Fake News“ zurückzudrängen, sei es notwendig, die Presse mit 220 Millionen Euro an Steuergeldern zu subventionieren.

Eine solche Unterstützung war bisher aus guten Gründen verpönt. Medien sollen in der Demokratie als Korrektiv dienen. Sie sollen der Regierung auf die Finger schauen, Skandale durch investigative Recherche aufdecken und nicht davor zurückschrecken, sich durch Kritik unbeliebt zu machen.

Sobald die Medien jedoch am staatlichen Tropf hängen, dürfte sie jeder Mut verlassen, die Politik der Regierung zu beanstanden. Schon heute sind die Abhängigkeiten der Medien von der Regierung zu groß. Allein an der Impfwerbung

der Regierung verdienten die sächsischen Medien kräftig mit. Sie spülte 800.000 Euro in die klammen Kassen.

Hinzu kommen regelmäßig ganzseitige Werbeanzeigen des CDU-Ministerpräsidenten Michael Kretschmer oder seiner Minister, die den Blättern jedes Mal 30.000 bis 40.000 Euro einbringen.

Daher sind die Vorwürfe an andere Staaten, „gelenkte Medien“ zu haben, scheinheilig. Sogeannter Regierungsjournalismus ist auch in Deutschland ein gewaltiges Problem. Weder der zwangsgebühren-finanzierte, teuerste Staatsfunk der Welt, noch die großen Tageszeitungen, erfüllen ihre

Aufgabe als Kontroll-Instanz der Mächtigen.

Häufig agieren diese Medien vielmehr mit denunziatorischem Eifer gegen die Opposition, anstatt die Regierung zu überwachen. Der „Tagesspiegel“ warnt z.B. aktuell ernsthaft vor dem „Schutz der Meinungsfreiheit“. Wer dieses Grundrecht durchsetzen möchte, sei „rechts“ und vertrete eine „falsche“ Meinung, die zu Recht dämonisiert werde.

Ich bin mir sicher: Derartige demokratiefeindliche Publikumsbeschimpfungen tragen maßgeblich zum Leserschwund bei den Zeitungen bei. Aus der ökonomischen Perspektive der Verlage sind die Hilferufe an die Regierung also verständlich. Trotzdem wäre es falsch, darauf mit staatlichen Subventionen zu reagieren. Medien

müssen sich, wie alle anderen Unternehmen, am Markt behaupten. Erfolgreich werden dabei diejenigen sein, die mit dem moralischen Belehren der Leser aufhören und stattdessen spannende Berichte und kritische Meinungen liefern.

Wir brauchen also keinen Staat, der eine staatlich subventionierte „Pressevielfalt“ schafft. Wir brauchen einen Staat, der seine penetrante Bevormundung beendet und dem mündigen Bürger viel mehr Vertrauen schenkt als bisher.



Jörg Urban,

AfD-Landesvorsitzender

AfD-Anfrage: Über 8 Milliarden Euro Schäden durch Cyberangriffe

Sächsischen Unternehmen sind durch Cyberangriffe innerhalb eines Jahres Schäden von rund 8,25 Milliarden Euro entstanden. Behörden waren deutlich weniger betroffen als die private Wirtschaft. Das ergab eine Große Anfrage der AfD (7/9457), die am 30. Juni öffentlich im Innenausschuss angehört wurde.

Dazu erklärt der Abgeordnete

Timo Schreyer:

„In Sachen Cybersicherheit gibt es im Freistaat großen Nachholbedarf. Die Regierung darf nicht nur Behörden und Staatsbetriebe schützen. Auch viele kleinere Firmen sind von Angriffen auf ihr Online-Konto oder von Angriffen durch Trojaner, Malware und Phishing-Mails betroffen. Für diese Unternehmen sind die Hilfen sehr überschaubar. Die Regierung hat noch nicht einmal einen Überblick, wie die Angebote genutzt werden. Für Internetkriminalität ist der Freistaat zuständig. Deshalb brauchen wir eine Art Cyber-Feuerwehr, um Unternehmen zu schützen. Die AfD will in Sachsen ein schnelles,

kostengünstiges und sicheres Internet schaffen. Wirtschaftliches Wachstum und digi-

tale Entwicklung sind nur auf dieser Basis möglich.“

Timo Schreyer, Mdl



Steuern runter – Jetzt!

Grundnahrungsmittel

müssen bezahlbar bleiben!



Steuern runter -

Jetzt!



Doreen
Schwietzer



Die Lebensmittelpreise haben in den letzten Monaten einen gewaltigen Sprung nach oben gemacht. Laut Verbraucherzentrale liegt der Wert im Juni/Juli im aktuellen Jahr bei 12,7 %* und wird wohl auch in den kommenden Monaten weiter steigen.

Durch den zeitgleichen Anstieg der Energiekosten von Strom, Gas und Sprit kann der Bürger diesen Anstieg nicht mehr kompensieren.

Als familienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion Sachsen ist es mir wichtig, dass Familien und ihre Kinder, durch eine gesunde und ausgewogene Ernährung ihren Alltag bestreiten können. Dies sehe ich im Moment gefährdet und fordere die Bundes- und Staatsregierung dazu auf, die Steuern zu senken, um so auch die Entwicklung von Jugendlichen nicht zu beeinträchtigen! Andere europäische Staaten - beispielsweise Ungarn - gehen hier mit gutem Vorbild voran.

Die Steuergier der Altparteien darf nicht auf dem Rücken der Schwächsten unserer Gesellschaft ausgetragen werden und so sollten Grundnahrungsmittel für Senioren, Geringverdiener und Familien keine Luxusgüter für diese darstellen!

Doreen Schwietzer, Mdl

* <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/lebensmittel/lebensmittelproduktion/steigende-lebensmittelpreise-fakten-ursachen-tipps-71788>

Das stille Sterben

Wenn es morgens mal wieder spät geworden ist, wähle ich den Weg durch die Kornmarktpassage. Es fühlt sich wie ein Strafmarsch an, wenn ich an den riesigen Schaufenstern der schon seit Jahren leerstehenden Geschäfte vorbeieile. Gewöhnen kann ich mich daran nicht. Meine Erinnerungen an ein gutes Wäschegeschäft, Modeschauen im Eckladen und die Freude meiner Mutter über eine schöne und moderne Passage sind noch lebendig. Durch ein kleines Virus wurde nun ein völlig neues Kapitel aufgeschlagen. Mit einem schlechten Scherz gesagt: Gut, daß so viele Geschäfte schließen, so haben wir endlich Platz für Testzentren gewonnen! Ironischerweise eröffnete eines der ersten Testzentren direkt gegenüber unserem Büro, nachdem ein Textilgeschäft die staatlich verordneten monatelangen „Einschlußmaßnahmen“ nicht überlebt hatte und ein Lamento-Zettel auf den Fenstern dies zu erklären suchte. Auf den Montagsdemonstrationen ist mir der Ladenbesitzer allerdings nie aufgefallen, wie auch diverse andere nicht nur durch Nichterscheinen glänzten, sondern sich wil-

lig jeder Maßnahme unterordneten, hinter vorgehaltener Hand jedoch klagten. Die Viren spuken in verschiedensten Varianten weiter durch Stadt und Land. Nun hat uns auch noch die plötzlich von östlichsten Himmelsteilen gefallene Inflation mit ihren zahlreichen Spielarten und Auswirkungen kalt erwischt. Selbstredend hat das nichts mit den Politdarstellern in Berlin zu tun! Anfang Juni erfuhr ich nebenbei beim Einkauf in meinem Tante-Emma-Laden, daß dieser am Ende der Woche schließt. Der Bioladen



nebenan, dessen köstliche Suppen und Salate ich bis dato regelmäßig genoß, würde dann Ende des Monats schließen. Für mich ist ein Stück Einkaufskultur verloren gegangen und auch die sozialen Kontakte zu den mir teilweise seit vielen Jahren bekannten Verkäuferinnen. Der morgendliche Gruß auf dem Weg zur Arbeit, das kleine Verkaufsgespräch, „Anschreiben“, wenn ich mal wieder mein Portemonnaie vergessen hatte. Was wird aus diesen Läden? Jahrelanger Leerstand? Mehr Testzentren? Wechselnde „Shops“ mit Billigartikeln? Shisha Bars, Wärmehallen? Die Einkaufskultur, wie wir sie einmal kannten, hat größten Schaden genommen. Besitzer von Einzelhandelsgeschäften müssten sich zusammenschließen, für ihren Erhalt organisiert kämpfen. Das hätte beim gemeinsamen Protest gegen die unsinnigen C-Maßnahmen beginnen können. Die Stimme für die AfD bei den letzten Wahlen wäre die Fortsetzung gewesen. Ein „Weiter so“ geradewegs in den Abgrund, wurde stattdessen gewählt. Das stille Sterben geht in eine neue Runde.

Carla Nicholson

Bundesgesundheitsministerium löscht Twittereintrag

Am Mittwoch, dem 20.07.2022 twitterte das Bundesgesundheitsministerium, dass „Eine von 5000 Personen [...] von einer schweren Nebenwirkung nach einer COVID19-Impfung betroffen“ sei. Einen Tag darauf wurde der Eintrag bei Twitter wieder gelöscht und es wurde eine „Richtigstellung“ veröffentlicht.

Natürlich musste das Bundesgesundheitsministerium diesen Eintrag wieder löschen, da es sonst selbst in die Bredouille kommen würde, was die eigenen Zahlen betrifft. Ich kenne persönlich nun selbst mehr Fälle, wo Personen schwere Schäden in Folge der Impfung erlitten, als Personen, die von einem schweren Verlauf einer COVID19-Infektion betroffen waren. Die Menschen haben der Regierung Glauben geschenkt, dass sie sich mit Hilfe dieser Impfung schützen können und wurden schwerstens enttäuscht.

Ich fordere die Ärzte in Deutschland auf, sich endlich gegen diese Impfung stark zu machen und nicht weiterhin den verlängerten Arm der Regierung darzustellen! Nach Bekanntwerden der inzwischen zahlenmäßig hohen Impfnebenwirkungen, sollte die Impfung endlich eingestellt werden.

Doreen Schwietzer, Mdl

Quelle Bild: /Twitter, Screenshot

Bundesgesundheitsministerium @BMG_Bund · 7h
Eine von 5000 Personen ist von einer schweren Nebenwirkung nach einer COVID19-Impfung betroffen. Sollten Sie den Verdacht auf #Nebenwirkungen haben, holen Sie sich ärztliche Hilfe und melden Sie Ihre Symptome ans @PEL_Germany. nebenwirkungen.bund.de/nw/DE/home/hom...

Verdacht auf Nebenwirkungen durch die Corona-Schutzimpfung?

Wenden Sie sich an **Ihre Ärztin** oder **Ihren Arzt** und melden Sie Ihre Symptome dem **Paul-Ehrlich-Institut** mit Hilfe des COVID...

Bundesgesundheitsministerium löscht Tweet zu Impfnebenwirkungen

Doreen Schwietzer | **AfD**

Rettungsdienst: Personalnot durch Impfpflicht



FRAKTIONSACHSEN
AfD

Der Rettungsdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Zittau beklagt „Personalnot“, so die „Sächsische Zeitung“. Der Grund ist die immer noch bestehende Corona-Impfpflicht im Gesundheitswesen. Dadurch konnte z.B. eine Ausbildungsstelle nicht besetzt werden.

Der Leiter des DRK-Rettungsdienstes aus Zittau berichtet, seine Mitarbeiter seien immer weniger von den Impfstoffen überzeugt, da sie häufig Notfälle erlebten, die „Nebenwirkungen der Impfung“ (SZ) sein dürften. Umso problematischer sei es, dass die zweifach Geimpften ab Oktober eine dritte Impfung nachweisen müssten. Andernfalls drohe aufgrund der Verletzung der Teil-Impfpflicht ein Bußgeld in Höhe von 2.500 Euro.

Für unsere AfD-Fraktion ist klar: Die Impfpflicht muss so schnell wie möglich komplett weg! Es muss Impffreiheit für alle geben! Denn solange der Zwang regiert, verliert das Gesundheitswesen Mitarbeiter, die jedoch händeringend gesucht und dringend gebraucht werden!

Einmann

Die AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen stellte am 14.07.2022 eine Anfrage betreffend eines Mannes mit dunkler Hautfarbe und dessen Treiben in der Bautzener Innenstadt.

Aus der Anfrage:

„Die Belästigungen bestehen seit Monaten bis weit in das letzte Jahr hinein. Wiederholt riefen die genervten Gastronomen die Polizei – immer wieder, erfolglos. Er schreit zwischen Haupt- und Kornmarkt herum, verlangt Geld von Passanten oder geht dazu auch in Ladengeschäfte. Er verbreitet in seinem Umfeld ein Klima der Einschüchterung und Angst. Zum Eröffnungskonzert des Posaumentages am Morgen des 09.07. lief er rücksichtslos mit Bierflasche durch die Reihen der Zuhörer und sein Geschrei war den ganzen Tag in der Reichenstraße zu hören. Kein schöner Eindruck für die 1.500 musikalischen Gäste Bautzens.“

Am 04.07. beschallte er mit seinem Gebrüll den Hauptmarkt bis weit in die Nacht hinein. Ist das die Atmosphäre, die man sich an einem warmen Sommerabend in einer Stadt wünscht?

Am 13.07. sperrte er mit rotweißem Flatterband einen Bereich auf der Reichenstraße ab und saß dort auf der Fensterbank eines Schaufensters – rauchend, saufend, brüllend.

Eine andere Form der Besitznahme des öffentlichen Raumes sind die Bäume an der Reichenstraße. Er treibt Schrauben oder Haken in deren Stämme und Äste.“

Auszüge aus der Antwort des Fachreferenten des Landrates:

„Die Schilderungen können wir bestätigen, da es regelmäßig Beschwerden darüber gibt. Es geht um die Frage, inwiefern die Situation auch bei einem Verbleib der Person gelöst werden kann. Dies beschäftigt regelmäßig die Polizei, die beim Oberbürgermeister der Stadt angesiedelte Sicherheitsrunde und das Ordnungsamt. Die Belästigungen, Hausfriedensbruch, Körperverletzung und kleinere Diebstähle sind Gegenstand polizeilicher Ermittlungen. Ein Betretungsverbot der Innenstadt ist nicht möglich, da die betreffende Person dort wohnt.“

Die „Mittel“ zur Lösung des Problems hätten „Grenzen“ und sind „nicht schnell umsetzbar. Im Rahmen der Zuständigkeiten des Ausländeramtes bestünden derzeit keine Möglichkeiten für eine Ausweisung bzw. Abschiebung. Es folgt eine Aufzählung von Abschiebungsgründen für „Personen, welche einen Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention genießen“, die aber auch nur dann zum Einsatz kommen, wenn dem „Betroffenen im Aufnahmeland“ keine Folter droht. „Zeitnah“ würde „eine gemeinsame Beratung aller Beteiligten“ stattfinden.

Der „Einmann“ hat das „Recht“ auf seiner Seite. Die Institutionen schützen den Landnehmer, nicht die eigenen Landsleute. Mehr Verachtung geht kaum. Ein irres Land!

Carla Nicholson



Kleine Wappenkunde der Städte unseres Landkreises

Lauta



Das Dorf Lauta wurde im Jahr 1374 als Luthe erstmals urkundlich in einem Zinsbrief des Klosters St. Marienstern in Panschwitz-Kuckau erwähnt. Das Gemeindegebiet befindet sich am südlichen Rand des Lausitzer Seenlandes, südlich der Schwarzen Elster. Die Stadt grenzt im Westen an die Ortsteile Großkoschen und Hosena der brandenburgischen Stadt Senftenberg, deren Stadtzentrum etwa 15 Kilometer entfernt liegt. In östlicher Richtung liegt, ebenfalls rund 15 Kilometer entfernt, Hoyerswerda. Der Erikasee befindet sich im Gemeindegebiet, der Senftenberger See etwas westlich davon.

Lauta gehört historisch zur Oberlausitz, wurde jedoch in der DDR, gleichsam wie Hoyerswerda, zur Niederlausitz gerechnet. Die umliegenden Ortschaften, wie Ruhland und Hoyerswerda, bekennen sich heute wieder zur historischen Oberlausitz. In Lauta wird die Zugehörigkeit zur Niederlausitz betont. Das Wappen der Stadt Lauta ist die aus dem Jahre 1512 stammende Glocke des Heiligen Laurentius, die noch heute in der St. Laurentiuskirche in Lauta-Dorf läutet. Die Glocke ist über die Jahrhunderte mit den Geschehnissen in der Gemeinde verbunden. Der Sage nach soll diese Kirchenglocke in einer Kapelle auf dem nahegelegenen Koschenberg gegangen haben und nach deren Verfall zur Dorfkirche Lauta gekommen sein. Die Inschrift ist auch heute noch deutlich zu erkennen: hilf.mir.hellcken.sant.laurencivs (1512).

Zur 500-Jahr-Feier von Lauta im Jahre 1948 hatte die Firma Bruno Arlt einen originalgetreuen Nachguss der Glocke aus Aluminium vorgenommen. Die 1994 eingeweihte Glockenanlage soll daran erinnern, dass Lauta von 1918 bis 1990 ein Großstandort der Aluminiumindustrie war. Das Wappen der Stadt ist auch an der Fassade des Rathauses der Stadt Lauta zu finden.

Quelle: Wikipedia